

Verwaltungsbericht der Finanzdirektion

Autor(en): **Moser, F. / Blaser, A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1971)**

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417812>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht der Finanzdirektion

Direktor: Regierungsrat F. Moser
Stellvertreter: Regierungsrat A. Blaser

A. Allgemeines

I.

Es wurden folgende Erlasse vorbereitet und zur Beschlussfassung vorgelegt:

- a) Verordnung vom 30. April 1954 über Ferien, Urlaub und dienstfreie Tage des Staatspersonals (Abänderungen vom 2. Februar und 9. Juni 1971);
- b) Dekret vom 18. Mai 1971 über den Steuerbezug in Raten;
- c) Gesetz vom 8. Dezember 1963 über die Kantonalbank von Bern (Abänderung vom 6. Juni 1971);
- d) Dekret vom 8. September 1971 über die Errichtung des Inventars;
- e) Verordnung vom 14. Dezember 1962 über die Spesenvergütung der Behördemitglieder und des Personals der Staatsverwaltung (Abänderung vom 27. Oktober 1971);
- f) Dekret vom 17. November 1971 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1971 und 1972 an die Mitglieder des Regierungsrates;
- g) Dekret vom 17. November 1971 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1971 und 1972 an die Lehrer der Primar- und Mittelschulen;
- h) Dekret vom 17. November 1971 über die Gewährung von Teuerungszulagen für die Jahre 1971 und 1972 an die Rentenbezüger der Versicherungskasse und der Lehrerversicherungskasse;
- i) Dekret vom 29. November 1961 über die Besoldungen der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung (Abänderung vom 17. November 1971);
- k) Dekret vom 3. Februar 1965 über Wohnungszuschläge, Familien- und Kinderzulagen sowie Dienstaltersgeschenke an die Lehrer (Abänderung vom 17. November 1971);
- l) Dekret vom 13. November 1956/17. Februar 1965 betreffend die Steuerteilung unter bernischen Gemeinden (Abänderung vom 17. November 1971);
- m) Dekret vom 6. September 1956 betreffend die Kantonale Rekurskommission (Abänderung vom 18. November 1971);
- n) Grossratsbeschluss vom 18. November 1971 betreffend Ausrichtung einer Herbstzulage 1971 an das Staatspersonal und die Lehrerschaft;
- o) Dekret vom 22. November 1971 über den Finanzausgleich unter den evangelisch-reformierten Kirchgemeinden des Kantons Bern;

p) Verordnung vom 1. Dezember 1971 über den Finanzausgleich unter den evangelisch-reformierten Kirchgemeinden des Kantons Bern;

q) Gesetz vom 12. Dezember 1971 über die Ermässigung der Einkommenssteuern des Staates und der Gemeinden;

r) Verordnung vom 22. April 1969 über die Taggelder und Reiseentschädigungen der Mitglieder staatlicher Kommissionen (Abänderung vom 22. Dezember 1971).

II.

Es wurden zwei Anleihen im Gesamtbetrag von 85 Millionen Franken aufgenommen, nämlich 35 Millionen Franken à 6 Prozent und 50 Millionen Franken à 5 ½ Prozent. Diese Anleiheaufnahmen stützten sich auf die Volksbeschlüsse betreffend Neubauten des Inselspitals und der chemischen Institute.

III.

Die Finanzrechnung 1971 ergab nach Verschiebung der Verbuchung des Wehrsteueranteils vom Jahr 1971 auf den effektiven Fälligkeitstermin vom 1. März 1972 einen Fehlbetrag von 57267712.65 Franken. Der Voranschlag hatte mit einem Fehlbetrag von rund 20,7 Millionen Franken gerechnet. Über weitere Einzelheiten orientieren die Staatsrechnung und der zugehörige Vortrag.

IV.

Die im Jahre 1970 eingesetzte Kommission für die Rationalisierung der Staatsverwaltung befasste sich unter dem Vorsitz von Grossrat W. Hirt an mehreren Sitzungen mit Fragen der Organisation und der Betriebsführung der Staatsverwaltung. Gegenstand der Verhandlungen waren u. a. die Entwürfe neuer Organisationsdekrete der Direktionen, die Kostentragung von auswärtigen Nutzniessern staatlicher Anstalten, die Rechnungsführung der Universität und der zentrale Wareneinkauf.

V.

Stand der noch hängigen, erheblich erklärten Motionen und Postulate

1. Allgemeines

– Motion Haltiner vom 10. Februar 1971 betreffend Finanzkompetenzen. Eine entsprechende Vorlage für die Abänderung

des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates Bern steht in Vorbereitung.

- Das Postulat Nobel vom 10. Februar 1971 betreffend den indirekten Finanzausgleich wird vorerst vom Statistischen Büro bearbeitet.
- Das Postulat Brawand vom 10. Februar 1971 betreffend Entschädigung der Zivilstandsbeamten steht in Prüfung.
- Postulat Theiler vom 23. November 1971 betreffend Abschaffung der Billettsteuer für kulturelle Veranstaltungen. Dessen Verwirklichung wird im Rahmen des sich in Vorbereitung befindlichen Kulturförderungsgesetzes geprüft.

2. Steuerwesen

- Die Motion Wirz vom 10. Mai 1967 betreffend die Schätzung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke wird von der Steuerverwaltung bearbeitet.
- Postulat Wirz vom 12. Mai 1971 betreffend Dekret vom 5. Mai 1964 über die Hauptrevision der amtlichen Werte der Grundstücke.
- Postulat Annen vom 7. September 1971 betreffend Hauptrevision der amtlichen Werte.
Die Postulate Wirz und Annen werden von einer ausserparlamentarischen Kommission bearbeitet.
- Postulat Meyer (Langenthal) vom 8. September 1971 betreffend Verrechnungssteuerguthaben. Es besteht die Absicht, diesem Vorstoss im Zusammenhang mit dem ratenweisen Steuerbezug Rechnung zu tragen.
- Der ausserparlamentarischen Kommission, die mit der Erarbeitung von Grundlagen für den Erlass eines neuen Steuergesetzes beauftragt worden ist (Motion Dübi vom 6. November 1968), wurden folgende Postulate zur Prüfung überwiesen:
 - Postulat Zingg vom 5. Februar 1969 betreffend Steuererleichterung für AHV- und IV-Rentner
 - Postulat Fleury vom 5. Februar 1969 betreffend Steuererklärung verheirateter Arbeitnehmerinnen
 - Postulat Berger vom 5. Februar 1969 betreffend Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Gemeinden
 - Postulat Horst vom 5. Februar 1969 betreffend Besteuerung gewisser Grossverteilerorganisationen
 - Postulat Zingg vom 1. September 1969 betreffend Besteuerung der berufstätigen Ehepaare
 - Postulat Favre vom 1. September 1969 betreffend Vereinfachung der Steuererklärung
 - Postulat Horst vom 1. September 1969 betreffend Bemessung des Abzuges für Besitzesdauer bei der Veräusserung ererbter Grundstücke
 - Postulat Hirt vom 12. November 1969 betreffend Sicherung von Grundstückgewinnsteuern
 - Postulat Hächler vom 12. November 1969 betreffend Besteuerung von Zuzüglern
 - Postulat Stoffer vom 12. November 1969 betreffend Vereinheitlichung der Steuerbelastung im Kanton Bern
 - Postulat Messer vom 12. November 1969 betreffend Ausmerzung der kalten Progression
 - Postulat Schnyder vom 3. Februar 1970 betreffend Steuerenteilung
 - Postulat Fleury vom 3. Februar 1970 betreffend Entlastung in der Familienbesteuerung
 - Postulat Baumberger vom 12. Mai 1971 betreffend Steuergesetzrevision und Berücksichtigung der Mietzinsbeträge
 - Postulat Messer vom 12. Mai 1971 betreffend Revision der Erbschafts- und Schenkungssteuer
 - Postulat Bonny vom 7. September 1971 betreffend effektive Ausmerzung der kalten Progression
 - Postulat Morand vom 8. September 1971 betreffend Teilrevision des Steuergesetzes
 - Postulat Stoller (Belp) vom 18. November 1971 betreffend Liegenschaftsgewinnsteuer

B. Abteilungen

I. Direktionssekretariat

1. Kantonale Billettsteuer

	Voranschlag 1971 Fr.	Rechnung 1971 Fr.	Rechnung 1970 Fr.
Bruttoertrag	2 000 000.—	2 200 998.34	1 795 305.70
Abzüglich 20 Prozent Gemeindeanteil	400 000.—	440 199.67	359 061.15
Nettoertrag	1 600 000.—	1 760 798.67	1 436 244.55
Mehrertrag gegenüber Budget			160 798.67
Mehrertrag gegenüber Vorjahr			324 554.12

2. Salzhandlung

Als Folge des milden Wetters ist der Umsatz an Streusalz um insgesamt ca. 7 Millionen Kilo bzw. um rund 30 Prozent zurückgegangen. Der Reinertrag der Salzrechnung hat sich deshalb gegenüber dem Vorjahr von rund 3,32 Millionen Franken auf rund 2,66 Millionen Franken, d. h. um rund 20 Prozent reduziert.

Verkaufte Salz mengen

	1970 kg	1971 kg	Differenz gegenüber Vorjahr kg
a. Koch- und Tafelsalz			
Unjodiert, offen	1 753 000	1 770 750	+ 17 750
Jodiert, offen	3 315 900	2 919 500	- 396 400
Unjodiert in Kilogramm- paketen	175 620	176 560	+ 940
Jodiert in Kilogramm- paketen	600 120	574 020	- 26 100
Fluoriert und jodiert in Kilo- grammpaketen	924 660	946 940	+ 22 280
Grésilsalz in Pfundpaketen	390 140	379 320	- 10 820
	7 159 440	6 767 090	- 392 350
b. Andere Salzarten			
Badesalz	151 700	141 950	- 9 750
Viehsalz	2 821 500	3 019 500	+ 198 000
Industrie-, Häute- und Streusalz	23 401 800	16 497 755	- 6 904 045
Streusalz in Kleinpackung	407 600	254 140	- 153 460
Nitritpökelsalz	682 200	682 100	- 100
Salzsole, ungereinigt	267 740	309 958	+ 42 218
Übrige Spezialsalze	124 000	142 750	+ 18 750
	27 856 540	21 048 153	- 6 808 387
Zusammenzug a und b	35 015 980	27 815 243	- 7 200 737
Portionenpackungen Grésil, Stück	93 900	76 500	- 17 400

Erlös aus Salzverkäufen

	Rechnung 1970		Rechnung 1971		Unterschied gegenüber Vorjahr Fr.
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
Einnahmen	8 133 342.10		7 047 588.50		1 085 753.60
Ausgaben		4 814 732.45		4 385 676.90	429 055.55
Reinertrag		3 318 609.65		2 661 911.60	656 698.05
	8 133 342.10	8 133 342.10	7 047 588.50	7 047 588.50	

II. Kantonsbuchhaltere*Rechnungsführung*

Die geldmässigen Ausgaben haben auch im Berichtsjahr wiederum wesentlich zugenommen, und zwar um rund 200 Millionen Franken, wogegen die geldmässigen Einnahmen innerhalb des Kalenderjahres sich nur um rund 50 Millionen Franken erhöht haben. Trotz dieser neuerlichen Geschäftsausweitung und teilweise reduziertem Personalbestand ging der Zahlungsverkehr, die Kontrolle der Anweisungen (bis 1. Mai 1971) und deren Verbuchung reibungslos vor sich. Ab 1. Mai 1971 erfolgte die Kontrolle der Anweisungen durch die Finanzkontrolle, wie dies in Artikel 51 des Gesetzes vom 29. September 1968 über den Finanzhaushalt des Staates Bern vorgesehen ist. Durch den Wegfall dieser Arbeiten konnte der Personalbestand der Kantonsbuchhaltere von zehn auf neun gesenkt werden. Gleichzeitig war auch eine bessere Neuverteilung der anfallenden Arbeiten möglich. Unter anderem konnte auch dem Inkasso der Beiträge des Bundes und der Gemeinden vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zudem wurde die Verbuchung der zu erwartenden oder zugesicherten Beiträge auf Kontrollkonten eingeführt.

Der Steuervorbezug ergab 109 Millionen Franken oder im Vergleich zu 1970 nur einen Mehreingang von 17 Millionen Franken.

Bemerkungen zur Staatsrechnung

Bis Ende 1970 sind die ertraglosen Liegenschaften, die bis 1920 erstellt oder gekauft worden sind, *vollständig*, diejenigen der Jahre 1921–1930 zu 80 Prozent, diejenigen der Jahre 1931–1940 zu 60 Prozent, diejenigen der Jahre 1941–1950 zu 40 Prozent und diejenigen der Jahre 1951–1960 zu 20 Prozent abgeschrieben worden. Für die Jahre 1971–1980 wurde der Abschreibungsbedarf – unter Hinzufügung der Zunahmen in den Jahren 1961–1970 – neu ermittelt und die sich hieraus ergebenden Jahresanteile neu errechnet. Für 1971 wurde der Abschreibungsbetrag auf unabträglichen Liegenschaften mit 3435905 Franken gemäss Zusammenstellung der Liegenschaftsverwaltung/Kantonsbuchhaltere ermittelt. Für 1972 bis und mit 1980 stellt sich der Abschreibungsanteil pro Jahr auf 3500000 Franken. Diese Buchung entspricht einem jährlichen Abschreibungssatz von 2 Prozent.

In Fortführung der 1969 begonnenen Veranschlagung von Tilgungsraten ist auch dem Voranschlag bzw. der Rechnung 1971 wiederum eine Tilgungsrate auf Anleihen belastet worden. Der Betrag wurde zu Lasten der Rechnung 1971 auf Kreditoren zurückgestellt und zur Rückzahlung des am 10. Januar 1972 fälligen Betrages von 20 Millionen Franken (Kassascheinanleihen 1966 4¾%) verwendet.

Als Ergänzung der Zusammenstellung nach Sachgruppen wird eine funktionale und volkswirtschaftliche Gliederung der Ausgaben der Jahre 1968, 1969 und 1970 dargestellt. Sie soll die Verwendung und den Fluss der eingesetzten Mittel zusätzlich verdeutlichen. Gleichzeitig dient sie als Vergleichsbasis mit den andern Kantonen und mit der Eidgenossenschaft und bil-

det die Ergänzung zu den vom Statistischen Büro in gleichem Sinne zu verarbeitenden Ausgaben der bernischen Gemeinden zu einem Kantonsganzen.

Weitere Bemerkungen zur Staatsrechnung und die wichtigsten Aufstellungen sind wie im Vorjahr auf den ersten Seiten der Staatsrechnung zusammengefasst.

III. Steuerverwaltung**A. Zentralverwaltung**

1. *Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte.* Mit Wirkung auf 1. Januar 1973 sind im Berichtsjahr 7069 amtliche Werte berichtigt worden (Art. 111 und 112 StG). Berichtigungen auf 1. Januar 1971 total 35454, davon im Berichtsjahr 13887 (15325) und nach Art. 113 StG 133 (322). Von insgesamt 568 (456) Einsprachen wurden 447 (324) erledigt. An die Rekurskommission sind 12 (13) Rekurse weitergeleitet worden. Für die Veranlagungsbehörden wurden 1586 (175) Expertisen betreffend Eigenmietwerte (inkl. Dienstwohnungen), Gebäudeunterhaltungskosten, Verkehrswerte und wertvermehrnde Aufwendungen an Liegenschaften durchgeführt.

2. *Steuerverlassgesuche.* Anfangs 1971 waren 396 (814) Gesuche hängig. Neu eingegangen sind 5816 (4590), und zwar 229 (221) für die Wehrsteuer, 108 (67) für die Vermögensgewinnsteuer und 5479 (4302) für die ordentlichen Staatssteuern, davon 1990 (1670) aus der Gemeinde Bern. Von total 6212 (5404) Gesuchen wurden 4552 (5008) erledigt. Ganz oder teilweise gutgeheissen 3519 (3762), abgewiesen 1033 (1246). Erlassen wurden 561583 Franken (617294 Fr.) an ordentlichen Steuern, 227608 Franken (139240 Fr.) an Vermögensgewinnsteuern und 52617 Franken (16975 Fr.) an Wehrsteuern. Nicht statistisch erfasst wurden die Gesuche um Stundung, Zinserlass und Elimination von Steuern (ca. 800).

3. *Meldungen für die AHV, den Militärpflichtersatz, die Krankenkassen und die Bergbauernhilfe.* Die Meldungen über die Einkommen Selbständigerwerbender oder nichterwerbstätiger Steuerpflichtiger, die als Grundlage für die Beitragsfestsetzung der AHV/IV/EO-Beiträge 1972/73 dienen, werden erst 1972 erstattet. Insgesamt werden es rund 57000 sein (Vorperiode 55427). 1971 wurden 246 (140) besondere Berichte an Kassen oder Gerichte abgegeben. – Für die Veranlagung des Militärpflichtersatzes sind 1971 noch 6879 Meldungen erstattet worden. Für 1970 und 1971 ergeben sich insgesamt 65581 Meldungen (1968/69: 61229). – An Erhebungsformularen für die Krankenkassen sind 1971 ohne Entgelt 7682 (1. April 1969 bis Ende 1970: 37528) ausgestellt worden; 2828 (2506) Meldungen ergingen an die Ärztesgesellschaft. – Für die Ermittlung der Familienzulagen an Bergbauern und Kleinbauern des Flachlandes wurden 490 Erhebungsformulare ebenfalls ohne Entschädigung verarbeitet. – Steuerausweise für Stipendien wurden 8695 (11366) abgegeben.

Die Entschädigung für die AHV-Meldungen der Beitragsperiode 1970/71 belief sich, einschliesslich der im Verwaltungsbe-

richt 1970 erwähnten Vorauszahlung von 60 000 Franken auf 165 516 Franken (Vorperiode 162 378 Fr.).

4. *Lochkartendienst*. Es sind im EDV-Verfahren erstellt worden: für sämtliche Gemeinden (ausgenommen Bern, Biel und Thun) 317 164 (365 428) Staatssteuerrechnungen und für 441 (424) Gemeinden gleichzeitig – gegen eine Gesamtvergütung von 212 861 Franken (209 435 Fr.) – 308 956 (355 462) Gemeindesteuerrechnungen. Fakturierte Nachträge, Taxationsabänderungen, Spezialrechnungen für Gemeinden: 79721. Die Wehrsteuerrechnungen 1971/72 werden erst 1972 erstellt.

5. *Quellensteuer vom Erwerbseinkommen der ausländischen Arbeitnehmer*. Der Gesamtertrag 1970 beläuft sich auf 71 158 748 Franken (1969: 57 202 249 Fr.). Davon entfallen auf die Staatssteuer 31 569 276 Franken (25 373 521 Fr.), die Gemeindesteuern 32 366 253 Franken (26 016 289 Fr.), die Wehrsteuer 2 965 200 Franken (2 382 634 Fr.) und die Kirchensteuern 4 258 019 Franken (3 429 805 Fr.). Den Gemeinden sind 2 099 925 Franken (1 559 283 Fr.) an Provisionen vergütet worden. Nach den Angaben des kantonalen Arbeitsamtes waren Ende August 1970 62 838 (64 324) kontrollpflichtige ausländische Arbeitskräfte gemeldet.

Im Berichtsjahr sind bei 319 (322) Arbeitgebern Kontrollen durchgeführt worden. – Der Steuerertrag 1971 kann erst 1972 abschliessend ermittelt werden.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

1971 ist die 14. Veranlagung seit Inkrafttreten des geltenden Steuergesetzes durchgeführt worden. Von 438 679 (427 066) Pflichtigen sind bis Ende Jahr 410 611 definitiv veranlagt worden. Für 15 Gemeinden (27) musste der Fälligkeitstermin auf den 31. Januar 1972 verschoben werden. An Einsprachen sind bis Ende Jahr 10 601 (Ende 1969: 13 413) eingegangen. Nach Ablauf der Einspracheperioden im Jahr 1972 dürften es insgesamt rund 18 000 sein (bis Ende 1970: 18 760).

Der Vergleich mit der Staatsrechnung 1970 und dem Voranschlag 1971 ergibt folgendes Bild:

	Rechnung 1970	Budget 1971	Rechnung 1971	+ oder – gegenüber Rechnung 1970	+ oder – gegenüber Budget 1971
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Einkommen	387 621 275.—	468 000 000.—	479 581 199.—	+ 91 959 924.—	+ 11 581 199.—
Vermögen	40 068 473.—	44 500 000.—	43 186 655.—	+ 3 118 182.—	– 1 313 345.—
Total	427 689 748.—	512 500 000.—	522 767 854.—	+ 95 078 106.—	+ 10 267 854.—

Rechnet man zu diesen Hauptsteuern der natürlichen Personen noch die übrigen direkten Steuern hinzu (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuern, Nach- und Strafsteuern sowie wiedereingegangene abgeschriebene Steuern), so ergibt sich ein gesamter Steuerertrag von 640 025 129 Franken. Gegenüber dem Voranschlag stellt dies eine Mehreinnahme dar von 11 815 129 Franken und gegenüber der Rechnung 1970 von 107 531 058 Franken. Im Vergleich zu 1970 haben die Einkommensteuern der natürlichen Personen um 23,72 Prozent zugenommen und um 25,19 Prozent, wenn das Ergebnis 1971 dem durchschnittlichen Einkommensteuerertrag der Jahre 1969/70 gegenübergestellt wird.

C. Steuern der juristischen Personen

Von den 8974 (8497) veranlagten juristischen Personen sind 4662 (4305) Aktiengesellschaften, Holding und GmbH, 2128 (2117) Genossenschaften und 2184 (2075) übrige juristische Personen. – Es hatten an Steuern zu zahlen:

	Fr.	Fr.
1 Steuerpflichtige mehr als	3 000 000	
1 Steuerpflichtige mehr als	2 000 000	
8 Steuerpflichtige mehr als	1 000 000	
3 Steuerpflichtige zwischen	900 000	und 1 000 000
5 Steuerpflichtige zwischen	700 000	und 800 000
4 Steuerpflichtige zwischen	600 000	und 700 000
5 Steuerpflichtige zwischen	500 000	und 600 000
13 Steuerpflichtige zwischen	400 000	und 500 000
20 Steuerpflichtige zwischen	300 000	und 400 000
26 Steuerpflichtige zwischen	200 000	und 300 000
71 Steuerpflichtige zwischen	100 000	und 200 000

Zu behandeln waren 553 (681) Neugründungen, 219 (242) Löschungen und 21 (10) Fusionen; interkantonale Steuerteilungen 1210 (1239); Bücheruntersuchungen 728 (718); Erlassgesuche 31 (35), davon 31 (29) erledigt.

Der Bestand an *Betriebsfürsorgeeinrichtungen* hat sich auf 2485 (2431) erhöht. Zusammen mit 11 (10) ausserkantonalen Gemeinschaftsstiftungen und den Einzelanschlüssen an Gemeinschaftsstiftungen ergeben sich insgesamt 5088 (4756) Fürsorgeeinrichtungen. – 1972 werden statistische Erhebungen über die Vermögenslage der Personalfürsorgestiftungen durchgeführt.

Die *Arbeitsbeschaffungsreserven* von 191 (196) Firmen erreichten 40 438 200 Franken (44 829 800 Fr.). Verteilung nach Branchen (Mio. Fr.): Uhrenindustrie 13,6, Maschinen- und Metallindustrie 12,7, Elektrizitätswerke 3,0, Textilindustrie 3,6, Baugewerbe 0,7, Holzbearbeitungsindustrie 0,6, Verschiedene 6,2.

1. Aktiengesellschaften und GmbH (Kapitalgesellschaften), Erwerbs- und Selbsthilfegenossenschaften, Holdinggesellschaften

	Fr.
Gewinn- und Ertragsteuern	69 450 648.—
Kapital- und Vermögensteuern	19 574 607.—
Holdingsteuern	667 450.—
Total	89 692 705.—
Voranschlag	90 450 000.—
Minderertrag gegenüber Voranschlag	– 757 295.—
Mehrertrag gegenüber Vorjahr	+ 12 289 702.—

2. Übrige juristische Personen

	Fr.
Einkommensteuern	1 873 708.—
Vermögensteuern	1 554 057.—
Total	3 427 765.—
Voranschlag	3 700 000.—
Minderertrag gegenüber Voranschlag	– 272 235.—
Minderertrag gegenüber Vorjahr	– 845 109.—

D. Vermögensgewinnsteuer

Der Reinertrag beläuft sich auf 23 583 874 Franken (22 684 564 Fr.). Mehrertrag im Vergleich zum Voranschlag 2 583 874 Franken und gegenüber 1970 899 310 Franken. Der Mehrertrag ist auf die Zunahme der veranlagten Fälle zurückzuführen.

Es wurden 10869 (9376) Veranlagungen eröffnet. In 2322 (2200) Fällen ergab sich kein Vermögensgewinn. An Einsprachen wurden 469 (450) erledigt, hängig blieben 188 (159).

E. Nach- und Strafsteuern

Der Reinertrag beziffert sich auf 358708 Franken (210317 Fr.). Minderertrag im Vergleich zum Voranschlag 41292 Franken. Mehrertrag gegenüber Vorjahr 148391 Franken.

Behandelt bzw. auf Grund von Steuerinventaren kontrolliert wurden 5087 (4799) Staats- und Wehrsteuerfälle. In 334 (214) Fällen sind Nach- und Strafsteuern gefordert worden, in den übrigen erwies sich die Versteuerung als in Ordnung. Bussenverfahren wegen Inventarvergehens waren 11 (13) durchzuführen.

Erlassgesuche 2 (2), von denen 1 (1) gutgeheissen und 1 (1) abgewiesen wurde. Rekursfälle 0 (2), Verwaltungsgerichtsbeschwerden 2 (0) und 1 (0) Bundesgerichtsbeschwerden.

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der Rohertrag ist mit 16649353 Franken (Vorjahr 20712687 Fr.) ausgewiesen. Nach Abzug der Gemeindeanteile von 3569121 Franken (3908416 Fr.) und der Rückerstattungen (Handänderungsabgaben) von 1128519 Franken (1195004 Fr.) verbleibt ein Reinertrag von 11951713 Franken (15609267 Fr.). Mindereinnahme gegenüber dem Voranschlag 3048287 Franken und gegenüber dem Vorjahr 3657554 Franken. Der Ertragsausfall ist auf das Fehlen grösserer Erbfälle zurückzuführen.

Behandelt wurden 11550 (11037) Fälle, von denen 5391 (6084) abgabepflichtig waren. Verwaltungsgerichtsbeschwerden 11 (6). Steuerbefreiungsgesuche 81 (123). Bussenfälle 5 (4).

G. Eidgenössische Wehrsteuer

Von früheren Perioden stehen noch aus:

	Fr.
9. und 11. Periode (1957/58 und 1961/62) gestundet	20 153.—
12. Periode (1963/64)	101 238.—
13. Periode (1965/66)	500 333.—
14. Periode (1967/68)	2 316 306.—

15. Periode (1969/70): Eingang 1971 93675757 Franken; Kantonsanteil 25 Prozent = 23418939 Franken, zuzüglich etwa 10 Prozent aus dem Finanzausgleichsfonds unter den Kantonen = rund 9367500 Franken. Ausstand Ende 1971 4484657 Franken.

16. Periode (1971/72): Die Veranlagungen werden Ende Februar 1972 eröffnet.

Meldewesen: An Meldungen sind 46467 (35486) eingegangen und 42374 (10100) weitergeleitet bzw. erstattet worden. Meldungen juristischer Personen über ausgerichtete Verwaltungsratsentschädigungen 10498 (67). Repartitionsvorschläge anderer Kantone 1111 (381) und an andere Kantone 1334 (228).

H. Eidgenössische Verrechnungssteuer

1. Verrechnungssteuer

a) *Ordentliches Verrechnungsverfahren*: Es sind 236518 (157403) Gutschriften mit einem gesamten Verrechnungssteuerbetrag von 145173088 Franken (72680240 Fr.) erteilt worden. Davon wurden 143557772 Franken (67660097 Fr.) mit Gemeinde- und Staatssteuern verrechnet und 1615316 Franken (5020143 Fr.) den Berechtigten direkt zurückerstattet. Einspracheentscheide und Abänderungsverfügungen 485 (1332).

b) Vorzeitiges Rückerstattungsverfahren

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge Fr.
Erbschaften	3 662 (2 809)	3 275 932.—
Lotteriegewinne	1 221 (715)	1 885 635.—
Übrige	1 057 (268)	1 165 954.—
Total	5 940 (3 792)	6 327 521.—

2. Rückerstattung von Quellensteuern auf ausländischen Erträgen

Gestützt auf die Doppelbesteuerungsabkommen mit ausländischen Staaten hatte sich das Verrechnungssteueramt auch mit der Kontrolle von Rückerstattungsanträgen betreffend ausländische Quellensteuern zu befassen:

DBA mit den USA (Rückerstattung des zusätzlichen Steuerrückbehalts USA):

- a) im ordentlichen Verfahren 2007 (250) Anträge mit 1077376 Franken;
- b) im vorzeitigen Verfahren 40 (32) Anträge mit 20714 Franken.

Bescheinigungen über Wohnsitz und Versteuerung im Kanton Bern waren sodann abzugeben auf Grund der DBA mit Deutschland 2302 (1889), Dänemark 22 (2), Frankreich 410 (336), Grossbritannien 128 (116), den Niederlanden 1249 (1088), Österreich 15 (9), Schweden 68 (74), Spanien 4 (7), Südafrika 64 (25), USA 2007 (908).

Pauschale Steueranrechnung DBA mit Frankreich, Grossbritannien, Irland, den Niederlanden, Schweden, Spanien und Südafrika:

Rückerstattungen im ordentlichen Verfahren: 32 (1178) Anträge mit total 34197 Franken (985707 Fr.), wovon dem Bund 11563 Franken (338953 Fr.), den Gemeinden 11057 Franken (306111 Fr.) und dem Kanton 11577 Franken (340642 Fr.) belastet wurden.

3. Wertschriftenbewertung

Es sind bei uns insgesamt 2901 (1971) Bewertungen von Aktien und Anteilen bernischer Gesellschaften durchgeführt worden. In 41 (162) Einsprachefällen waren Vernehmlassungen abzugeben.

J. Gemeindesteuern und Finanzausgleichsfonds

Teilungspläne: Die Abteilung Gemeindesteuern hat für 3871 (8062) Pflichtige die Gemeindesteuerteilung durchgeführt. Von 55 (73) Einsprachen sind 40 (50) erledigt worden. Es wurde keine Beschwerde erhoben.

Finanzausgleich: Beitragsberechtigt waren 279 (289) Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 264801 (287923). Ausgerichtete Beiträge 11560660 Franken (11656640 Fr.). In 136 (107) Fällen mussten die Beiträge um insgesamt 1154270 Franken (957560 Fr.) gekürzt werden. 53 (70) Gemeinden erhielten zusätzliche Beiträge von 500000 Franken (500000 Fr.) gemäss Artikel 7 Absatz 3 des Finanzausgleichsdekrets vom 2. September 1968. Aus dem Sonderfonds haben 238 (276) Gemeinden Beiträge von 694000 Franken (1036000 Fr.) erhalten.

Die Beiträge der Gemeinden an den Finanzausgleichsfonds (Hauptfonds) beliefen sich auf 8365859 Franken (8082084 Fr.), die des Staates, einschliesslich Bankensteuern 1970, auf 7495532 Franken (7495532 Fr.).

Der Hauptfonds weist auf Ende des Berichtsjahres (ohne Ausstände) ein Vermögen von 42182705 Franken (36736967 Fr.) auf. Der Sonderfonds steht mit 219939 Franken (378730 Fr.) zu Buch.

K. Tabellen

1. Netto-Steuerertrag 1971 nach Veranlagungskreisen

Konto 1945	Bern-Stadt Fr.	Mittelland Fr.	Seeland Fr.	Emmental Fr.	Oberland Fr.	Jura Fr.	Total Fr.
200 Einkommensteuer natürliche Personen	98 843 168.95	113 088 465.91	78 557 206.85	58 371 648.20	67 234 386.24	63 486 323.35	479 581 199.50
210 Vermögensteuer natürliche Personen	17 006 005.60	2 826 619.35	6 252 992.45	5 980 780.60	6 222 673.45	4 897 583.95	43 186 655.40
201 Gewinnsteuer AG und GmbH	19 203 390.75	7 009 694.90	14 930 919.90	8 326 214.75	3 879 802.40	8 549 366.75	61 899 389.45
202 Gewinn- und Ertragsteuer der Genossenschaften	4 221 036.60	800 274.60	950 644.90	596 933.10	755 135.70	227 234.15	7 551 259.05
203 Einkommensteuer übrige juristische Personen	689 312.75	197 369.05	285 957.05	314 870.25	242 927.90	143 571.50	1 873 708.50
205 Holdingsteuer	510 927.70	15 868.35	117 428.20	10 542.20	92.50	12 592.—	667 450.95
211 Kapitalsteuer AG und GmbH	6 554 288.15	1 785 788.85	3 143 541.35	2 113 487.70	1 367 348.15	2 087 603.45	17 052 057.65
212 Kapital- und Vermögensteuer der Genossenschaften	1 189 084.40	293 690.95	400 390.80	300 497.05	256 871.85	82 014.70	2 522 549.75
213 Vermögensteuer übrige juristische Personen	473 960.45	107 975.60	341 959.75	184 304.05	225 079.85	220 778.20	1 554 057.90
204 Vermögensgewinnsteuer	—	10 132 082.30 ¹	4 431 662.30	2 727 306.—	4 383 198.50	1 909 625.65	23 583 874.75
220 Nach- und Strafsteuern	102 187.35	48 708.45	95 987.15	37 392.25	39 365.85	35 067.05	358 708.10
	148 793 362.70	136 306 238.31	109 508 690.70	78 963 976.15	84 606 882.39	81 651 760.75	639 830 911.—
221 Eingang abgeschr. Steuern (nicht aufgeteilt)							194 218.30
							640 025 129.30

¹ Einschliesslich Gemeinde Bern

2. Netto-Steuerertrag 1971 nach Amtsbezirken bzw. Amtsschaffnerorten

Amtscharffneri	Einkommen- steuer natürliche Personen Fr.	Vermögen- steuer natürliche Personen Fr.	Gewinnsteuer AG und GmbH Fr.	Gewinn- und Ertragsteuer der Genossen- schaften Fr.	Einkommen- steuer übrige jurist. Personen Fr.	Holding- steuer Fr.	Kapitalsteuer AG und GmbH Fr.	Kapital- und Vermögen- steuer der Genossensch. Fr.	Vermögen- steuer übrige jurist. Personen Fr.	Vermögens- gewinnsteuer Fr.	Nachsteuer Fr.	Total Fr.
Aarwangen	16 886 575.15	1 972 316.70	3 511 233.40	88 733.40	175 668.—	5 471.20	1 089 413.60	30 990.95	85 950.50	874 991.—	2 704.70	24 724 048.60
Bern-Stadt	98 843 168.95	17 006 005.60	19 203 390.75	4 221 036.60	689 312.75	510 927.70	6 554 288.15	1 189 084.40	473 960.45	—	102 187.35	148 793 362.70
Bern-Land inkl. Laupen, Sefligen, Fraubrunnen, Schwarzenburg	95 723 968.66	1 262 197.85	5 813 903.35	458 775.40	172 784.65	15 868.35	1 475 827.65	163 771.75	82 814.90	9 167 922.90	45 930.15	114 383 765.61
Biel inkl. Aarberg, Büren, Nidau	75 059 923.70	5 889 104.40	14 824 995.85	946 125.60	261 212.50	117 428.20	3 094 951.05	396 099.45	332 325.—	4 195 239.40	95 987.15	105 213 389.30
Burgdorf inkl. Signau, Trach- selwald, Wangen a. A.	41 485 073.05	4 008 463.90	4 514 981.35	508 199.70	139 202.25	5 071.—	1 024 074.10	269 506.10	98 353.55	1 852 315.—	34 687.55	54 239 927.55
Courtelary	12 507 505.—	963 588.70	2 173 380.60	25 966.35	36 887.25		492 741.40	10 533.60	58 278.—	401 702.55	20 701.—	16 691 264.45
Delsberg inkl. Freiberge, Laufen	20 317 328.10	1 304 745.95	2 593 330.90	104 612.70	61 670.05	8 999.50	620 034.60	31 989.10	99 767.80	611 471.25	3 566.55	25 757 516.50
Erlach	3 497 283.15	363 888.05	105 924.05	4 522.30	24 744.55		48 590.30	4 291.35	9 634.75	236 422.90	—	4 295 301.40
Frutigen	5 500 240.90	510 524.—	286 348.80	18 018.55	13 658.85		88 514.10	5 469.55	13 883.95	420 696.90	1 321.75	6 858 677.35
Konolfingen	17 364 497.25	1 564 421.50	1 195 791.55	341 499.20	24 284.40		309 961.20	129 919.20	25 160.70	964 159.40	2 778.30	21 922 472.70
Münster	15 949 550.70	1 214 354.45	2 860 881.10	14 995.10	40 381.30		786 898.60	9 015.—	48 630.40	379 441.65	5 504.—	21 309 652.30
Neuenstadt	2 634 252.—	200 496.90	203 852.60	10 807.80	1 669.60		36 399.50	2 676.30	9 149.80	121 959.65	1 445.50	3 222 709.65
Oberhasli	2 549 948.10	199 711.70	292 537.15	37 938.05	9 852.30		175 440.65	12 344.85	23 799.30	84 070.05	—	3 385 642.15
Pruntrut	12 077 687.55	1 214 417.95	717 921.55	70 852.20	2 963.30	3 592.50	151 529.95	27 800.70	4 952.20	395 050.55	3 850.—	14 670 617.85
Thun-Stadt	17 308 933.85	1 556 733.55	1 049 079.80	350 519.75	20 895.15		333 631.65	133 933.50	18 241.90	—	5 903.65	20 777 872.80
Thun-Amt inkl. Nieder- u. Ober- simmental, Saanen, Interlaken	41 875 263.39	3 955 704.20	2 251 836.65	348 659.35	198 521.60	92.50	769 761.75	105 123.95	169 154.70	3 878 431.55	32 140.45	53 584 690.09
Total	479 581 199.50	43 186 655.40	61 899 389.45	7 551 259.05	1 873 708.50	667 450.95	17 052 057.65	2 522 549.75	1 554 057.90	23 583 874.75	358 708.10	639 830 911.—

IV. Personalamt

1. Besoldungen

Auf den 1. Januar 1971 wurde die Teuerungszulage um 4 Prozent auf total 28 Prozent erhöht. Auf den gleichen Zeitpunkt trat eine fünfprozentige Realloohnerhöhung in Kraft. Diese Teuerungszulage und Realloohnerhöhung sowie der bisher nichtversicherte Besoldungszuschlag von 10 Prozent wurden bei dieser Gelegenheit in die Grundbesoldungen eingebaut, wobei das Personal für diese Höherversicherung keine speziellen Leistungen zu erbringen hatte. Es stellte dies den Ausgleich dar für den Umstand, dass das Staatspersonal erst sechs Monate nach dem Bundespersonal in den Genuss der Realloohnerhöhung kam. Mit diesem Gesamteinbau, der die Besoldungen neu auf einen Indexstand von 112,1 Punkten stabilisierte, wurden die Löhne des Staatspersonals wieder übersichtlicher.

Die Teuerung stieg jedoch rasch an, machte im Januar 1971 bereits 117,0 Punkte aus, um in der Folge über 119,7 (Juni) bis auf 124,0 Punkte (Dezember) anzuwachsen, was einen Jahresdurchschnitt von 120,1 Punkten ergab.

Im November beschloss deshalb der Grosse Rat eine Nachteuerungszulage von 7 Prozent, was einen Ausgleich der Teuerung bis auf 120 Indexpunkte bedeutete. Dazu kam – in Anlehnung an Bund und Stadt Bern – die Ausrichtungen einer einmaligen unversicherten Herbstzulage von 600 Franken.

In derselben Session beschloss der Grosse Rat mit Wirkung ab 1. Januar 1972 die Erhöhung der Familienzulage von 600 Franken auf 900 Franken sowie der Kinderzulage von 480 Franken auf 600 Franken.

2. Dienstverhältnisse

Die gespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt hatte sich gegenüber dem Vorjahr eher noch verschärft. Dies führte auch im Berichtsjahr dazu, dass verschiedene Stellen nur mit Aushilfspersonal oder überhaupt nicht besetzt werden konnten. Für die Personalrekrutierung wirkte sich dabei der Umstand erschwerend aus, dass der Staat trotz der gewährten Realloohnerhöhung mit den Besoldungen seines Personals gegenüber anderen Verwaltungen und der Privatwirtschaft immer mehr in Rückstand geriet.

Der Regierungsrat beschloss deshalb, die im Anhang zum Besoldungsdekret festgelegten Einreihungen des Staatspersonals zu überprüfen, wobei der erste Entwurf für eine Neueinreihung noch im Verlaufe des Berichtsjahres den einzelnen Direktionen und Verbänden zur Vernehmlassung zugestellt werden konnte.

Als Sofortmassnahmen wurden eine verbesserte Ferienordnung (vierte Ferienwoche ab dem 41. Altersjahr oder nach 19 Dienstjahren), eine Erhöhung der Überstundenentschädigung, die Ausrichtung von Nacht- und Sonntagszulagen sowie für einige Personalkategorien eine Verkürzung der Arbeitszeit verfügt.

3. Weiterbildung

Die im Jahre 1970 begonnene Schulung der obersten Chefbeamten in Personalführung wurde mit vier Kursen für Deutschsprechende (Leitung: Prof. Dr. M. Capol) und einem Kurs für Französischsprachige (Leitung: dipl. Psychol. H. Nanchen) fortgeführt. An den in Grindelwald abgehaltenen dreitägigen Kursen nahmen insgesamt 85 Chefbeamte teil.

4. Personalkommission

Die Kommission hielt im Jahre 1971 insgesamt 13 Sitzungen ab. Dabei befasste sie sich neben den ordentlichen Aufgaben insbesondere mit der geplanten Neueinreihung. Die Hauptar-

beit in dieser Angelegenheit bewältigte ein Vierer-Ausschuss der Personalkommission, der in weiteren 13 Sitzungen einen ersten Entwurf erarbeitete.

Zu Gesuchen um Überprüfung der Einreihung hatte die Kommission lediglich in vier Fällen zu befinden.

5. Personalstatistik

Nur vorübergehend beschäftigte Aushilfen, Tagelöhner, Putzfrauen usw. sind in der Statistik nicht enthalten.

Die Staatsverwaltung beschäftigte auf Ende 1971:

Direktionen	Männer	Frauen	Total	in Vollbeschäftigte umgerechnet	Veränderung gegenüber Ende 1970
Präsidialverwaltung .	38	11	49	47	+ 3
Volkswirtschaft	309	171	480	458	+ 10
Justiz	566	262	828	805	+ 6
Gesundheit	680	751	1431	1414	+ 12
Polizei	1386	220	1606	1594	+ 58
Militär	192	26	218	218	+ 2
Kirchen	536	9	545	543	— 4
Finanzen	489	151	640	621	+ 15
Erziehung	1787	858	2645	2198	+202
Bauten	688	39	727	719	+ 19
Verkehr, Energie- und Wasserwirtschaft	57	22	79	75	+ 6
Forsten	287	18	305	236	+ 13
Landwirtschaft	223	96	319	315	
Fürsorge	113	114	227	225	— 4
Gemeinde	8	2	10	10	
Total	7359	2750	10109	9478	+338

Die bedeutendsten Veränderungen im Personalbestand der einzelnen Direktionen erklären sich wie folgt:

Polizeidirektion (+ 58 Personen):

Die Zunahme ist ausschliesslich auf den um 68 Personen erhöhten Bestand des Polizeikorps zurückzuführen. Der neue Autobahnstützpunkt Gesigen bei Spiez partizipiert an dieser Erhöhung mit 20 Mann. Zahlreiche neue Stellen, die primär mit Zivilangestellten besetzt wurden, mussten im Bezirksgefängnis Bern, in der Gefangenenstation im Inselfpital, beim Personaldienst und Rechnungswesen, bei den Notrufzentralen und beim Fahndungs-Informationsdienst geschaffen werden. Abnehmende Tendenz zeigt der Personalbestand der Anstalten (—9 Personen). Der Bestand des Polizeikorps betrug auf Jahresende 959 (i.V. 892) Beamte und Beamtinnen, inkl. 53 (im Vorjahr: 62) Polizeirekruten.

Finanzdirektion (+ 15 Personen): Bei der Abteilung für Datenverarbeitung, die neue Aufgaben zu übernehmen hatte, mussten 10 neuen Stellen errichtet werden. Bei der Steuerverwaltung konnten trotz einer leichten Erhöhung des Personalbestandes nicht alle vakanten und bereits bewilligten Stellen besetzt werden.

Baudirektion (+ 19 Personen):

Der Bau und die Inbetriebnahme neuer Nationalstrassen auf bernischem Kantonsgebiet erforderte beim Autobahnamt die Schaffung von 25 neuen Stellen (Personal für den Strassenunterhalt, Projektierung, Bauleitung). Beim Planungsamt erhöhte sich der Personalbestand um 7 Beamte, während dem neu geschaffenen Bauinspektorat 7 Stellen bewilligt werden mussten. Andererseits nahm der Personalbestand der fünf Oberingenieurkreise um total 23 Mann ab, da auf Jahresende viele verwaiste Wegmeisterstellen nicht wieder besetzt werden konnten.

Forstdirektion (+13 Personen): Im Jahre 1971 musste insbesondere der Bestand an Staatsförstern, Staatsbannwarten und Wildhütern leicht erhöht werden.

Erziehungsdirektion (+ 202 Personen): Die weitaus grösste Zunahme des Personalbestandes entfällt auch im Jahre 1971 auf die Erziehungsdirektion. An den verschiedenen Seminarien und an der Kantonsschule Pruntrut mussten total 35 neue Lehrstellen geschaffen werden. Durch den Ausbau der Abteilungen für Unterricht und Kulturelles sowie die neue Zentralstelle für Lehrerfortbildung wurde die Schaffung von 10 neuen Stellen notwendig. Infolge der Übernahme des Amtes für Jugend und Sport und der Erziehungsberatungsstellen erweiterte sich der Bestand um weitere 28 Personen.

Mit 121 neuen Stellen machte die Zunahme des Universitätspersonals 60 Prozent des Zuwachses bei der Erziehungsdirektion und 36 Prozent der Erhöhung des Personalbestandes der gesamten bernischen Staatsverwaltung aus. 92 neue Stellen entfallen auf die Assistenten, Assistenzärzte, Oberassistenten und Oberärzte. Bei den Fakultäten, Instituten und Kliniken mussten zusätzliche Sekretärinnen, Laborantinnen, Laboranten, Krankenschwestern, Mechaniker, Elektroniker, technische Spezialisten usw. neu angestellt werden. Die weiterhin massive Zunahme des Personalbestandes der Universität Bern ist nebst der erhöhten Studentenzahl auf den Ausbau des Gruppenunterrichts und der Seminarien sowie den vermehrten Bedarf an Parallel- und Spezialvorlesungen zurückzuführen.

Das Total der Studierenden hat vom Wintersemester 1967/68 bis Wintersemester 1971/72, also innerhalb von vier Jahren, von 4464 auf 5955 oder um 33,4 Prozent zugenommen. Da an Lehre und Forschung auf Hochschulebene stets neue Anforderungen gestellt werden, musste der Personalbestand an unserer Universität im gleichen Zeitraum jedoch von 1107 auf 1609 oder um 45,4 Prozent erhöht werden. Der Personalbestand der übrigen Staatsverwaltung erhöhte sich von Ende 1967 bis Ende 1971 lediglich um 9 Prozent, d.h. durchschnittlich um 2,25 Prozent pro Jahr. Ende 1971 entfiel an der Universität auf knapp 4 Studierende (genau: 3,7) eine vom Staat besoldete Stelle.

Entwicklung des Personalbestandes und der Bruttobesoldung von 1962–1971

Jahr	Personalbestand		Besoldungen inkl. Sozialzulagen		Besoldungen pro Kopf inkl. Sozialzulagen	
	absolut	1962=100	absolut in 1000 Fr.	1962=100	absolut in Franken	1962=100
1962	7 172	100	107 771	100	15 027	100
1963	7 420	103,46	117 338	108,88	15 809	105,20
1964	7 649	106,65	124 497	115,52	16 276	108,31
1965	7 803	108,80	137 416 ¹	127,51	17 611 ²	117,19
1966	7 974	111,18	145 033 ¹	134,58	18 191	121,06
1967	8 323	116,05	154 598 ¹	143,45	18 575	123,61
1968	8 648	120,58	163 236 ¹	151,47	18 876	125,61
1969	8 847	123,35	188 239 ¹	174,66	21 277 ²	141,59
1970	9 140	127,44	205 011 ¹	190,23	22 430	149,26
1971	9 478	132,15	244 708 ¹	227,06	25 818 ²	171,81

¹ Ohne Besoldungen der nur vorübergehend beschäftigten Aushilfen.

² Realloohnerhöhungen (1. 1. 1965 = 6%; 1. 1. 1969 = 6%; 1. 1. 1971 = 5% sowie Herbstzulage pro 1971 von Fr. 600.-)

V. Versicherungskasse

A. Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung

Am 1. Januar 1971 traten die vom Grossen Rat am 12. November 1970 verabschiedeten Dekrete über die Besoldungsrevision und das Abänderungsdekret zum Dekret über die Versicherungskasse in Kraft. Durch den Einbau der 28 Prozent Teuerungszulagen, einer Realloohnerhöhung von 5 Prozent und der bisher unversicherten Besoldungszulage von 10 Prozent in die versicherte Besoldung, die andererseits im Zusammenhang mit der siebenten AHV-Revision um 5 Prozent und einen

Koordinationsabzug von 4200 Franken reduziert wurde, ergaben sich wesentlich erhöhte Einnahmen aus ordentlichen Beiträgen und Deckungskapitalien. Diesen gegenüber stehen jedoch auch vermehrte Aufwendungen für Renten, da die bisher zu Lasten des Staates ausbezahlten Teuerungszulagen in die laufenden Renten eingebaut wurden. Der Staat vergütete der Kasse zwölf Monatsbeträge, berechnet von der fünfprozentigen Realloohnerhöhung. Das eingangs erwähnte Abänderungsdekret sieht im Artikel 81 eine Zinsgarantie seitens des Staates von 4 Prozent des erforderlichen Deckungskapitals vor, wodurch sich die Leistung des Deckungskapitals für den Einbau der Teuerungszulagen in die Besoldungen und die Renten erübrigte. Mit Dekret vom 17. November 1971 bewilligte der Grosse Rat den Rentenbezüglern eine Nachteuerungszulage von 7 Prozent für das Jahr 1971. Gleichzeitig wurde eine Teuerungszulage von 7 Prozent für das Jahr 1972 bewilligt. Die zu Lasten des Staates ausgerichtete Nachteuerungszulage und die nichteingebauten festen Zulagen erforderten einen Betrag von 1923 542.70 Franken.

Jahresrechnung 1971

	Fr.
Rentenversicherung	
Einnahmen inkl. ausstehende Beiträge.....	65 132 892.05
Ausgaben.....	27 053 439.60
Einnahmenüberschuss 1971	38 079 452.45
Kapitalbestand am 31. Dezember 1971	367 031 687.45
Kapitalbestand am 31. Dezember 1970	328 952 235.—
Kapitalvermehrung 1970	38 079 452.45
Sparkasse	
Einnahmen.....	6 267 348.30
Ausgaben.....	2 440 711.75
Einnahmenüberschuss	3 826 636.55
Kapitalbestand am 31. Dezember 1971	33 566 082.15
Kapitalbestand am 31. Dezember 1970	29 739 445.60
Kapitalvermehrung 1971	3 826 636.55
Unterstützungskasse	
Einnahmen.....	67 161.30
Ausgaben.....	17 498.60
Einnahmenüberschuss	49 662.70
Kapitalrechnung	
Kapitalbestand am 31. Dezember 1971	1 386 113.30
Kapitalbestand am 31. Dezember 1970	1 336 450.60
Kapitalvermehrung 1971	49 662.70

B. Zweigstelle Staatspersonal der Ausgleichskasse des Kantons Bern

Im Zusammenhang mit der Besoldungsrevision per 1. Januar 1971 und der Gewährung einer Nachteuerungszulage und einer Herbstzulage an das Staatspersonal erfuhren die Einnahmen der Zweigstelle Staatspersonal aus Beiträgen und Verwaltungskosten eine beträchtliche Zunahme und erreichten im Geschäftsjahr der Ausgleichskasse (1. Februar 1971 bis 31. Januar 1972) die Summe von 24179 849.10 Franken. Im gleichen Zeitraum wurden an Erwerbsausfallentschädigungen 1422 022.60 Franken verrechnet, wovon dem Staat 1101 356.35 Franken für sein Militärdienst leistendes Personal vergütet wurden. Als Beitrag an die Verwaltungskosten erhielt die Zweigstelle von der Hauptkasse die Summe von 152 073 Franken. Im Geschäftsjahre 1971 konnten an die Hauptkasse 22 730 000 Franken abgeliefert werden. Die zweimalige Revision der Zweigstelle durch die von der Hauptkasse beauftragte Revisionsstelle gab zu keinen besondern Bemerkungen Anlass.

VI. Liegenschaftsverwaltung

Grundstückverkehr. Im Berichtsjahr wurden für den Bau der Haupt- und Umfahrungsstrassen bzw. zur Leistung von Realersatz im Landumlegungsverfahren folgende Kaufverträge abgeschlossen:

Verkäufer	Vertragssache	Gemeinde	Amtlicher Wert Fr.	Halte
Rudolf Balz, Signau	3 Landparzellen	Signau	6 270.—	172,62
W. Christinat, Uetendorf	1 Landparzelle	Uetendorf	20.—	2,38
Autobahnamt des Kantons Bern	1 Landparzelle	Rüdtlingen	*	42,27
F. Fankhauser, Uetendorf	1 Landparzelle	Uetendorf	2 910.—	60,68
Joseph Vernier, Boécourt	4 Landparzellen	Boécourt/Bassecourt	4 760.—	152,66
K. Schmassmann / B. Spörri / H. Geissberger & Co.	1 Landparzelle	Belprahon	83 060.—	138,43
W. Käsermann, Allschwil / E. Dettwiler, Basel	8 Landparzellen	Belprahon	43 440.—	84,26
Angèle Meyer, Boécourt	2 Landparzellen	Boécourt/Bassecourt	2 470.—	79,62
Franz Rey, Bévilard	1 Landparzelle	Bévilard	63 600.—	5,00
Paul Chariatte, Develier / Bernadette Kaiser, Biel	1 Landparzelle	Develier	950.—	38,00
Rob. Schlüchter, Boécourt	1 Landparzelle	Boécourt	960.—	48,35
Eugen Linder, Uetendorf	4 Landparzellen	Uetendorf/Uttigen	41 380.—	137,06
Emma Bigler, Münsingen	1 Landparzelle	Oppligen	1 440.—	30,00
Firma Gebr. Stauffer AG, Burgdorf	3 Teilparzellen	Burgdorf	*	65,80
Firma Kunz & Co. AG, Burgdorf	1 Teilparzelle	Burgdorf	*	1,40
Total			251 260.—	1 058,53

* Die amtlichen Werte sind noch nicht bekannt.

Die Kaufpreise für die hievor aufgeführten Liegenschaften hielten sich durchwegs in angemessenem Rahmen und wurden auf Grund des Grossratsbeschlusses vom 15. November 1962 über entsprechende Sonderkontos verbucht.

Statistik über die Landkäufe für den Haupt- und Umfahrungsstrassenbau:

1968	304 085 m ²
1969	197 730 m ²
1970	311 544 m ²
1971	105 853 m ²
Total	919 212 m ²

Reben

Die Reben in *Spiez* ergaben im Berichtsjahr einen Ertrag von 15 455 kg weissen und 11 335 kg blauen Trauben, im Total somit 26 790 kg. Im Vergleich zum Vorjahr (1970: 16 012 kg weisse und 12 220 kg rote = 28 232 kg) bedeutet dies einen Minderertrag von 1 442 kg. Der Ertrag kann dennoch als gut und die Qualität der Weine als sehr gut bezeichnet werden. Der Reinertrag im Berichtsjahr betrug 5028 Franken (1970: 5476.90 Fr.).

Das Ernteergebnis der Reben in *Neuenstadt* betrug 7437 Franken. Im Vergleich zum Vorjahr (1970: 8433 Fr.) ist es um 996 Franken geringer.

A. Ankäufe

Amt Bern

Am 4. März 1971 wurde der Kaufvertrag mit der Erbgemeinschaft Feller betreffend Erwerb der Parzelle Nr. 3887 Kreis VI, (alt Parzelle Nr. 11), Felligut, Bümpliz, im Halte von 25,03 Aren und einem amtlichen Wert von 58 800 Franken verurkundet. Gemäss Kaufvertrag vom 21. September 1970 war der Kaufpreis von 780 000 Franken am 1. Oktober 1970 zahlfällig. Die Liegenschaft wurde zum Zwecke der Erstellung eines Studentenlogierhauses durch den Verein Berner Studentenlogierhaus erworben. Der diesbezügliche Baurechtsvertrag ist am 19. No-

vember 1971 abgeschlossen und am 17. Februar 1972 durch den Grossen Rat genehmigt worden.

Für die spätere Erstellung eines Gymnasiums erwarb der Staat Bern von Dr. Johannes Friedrich und Johannes Carl von Tschärner, Wabern, die Besitzung «Lerbermatte», an der Kirchstrasse, Gurtenbühl, Gemeinde Köniz, Grundstück Nr. 2496 mit Bauernhaus Nr. 88, im Halte von 536,81 Aren und einem amtlichen Wert von 517 550 Franken zum Preise von 11 273 000 Franken. Gemäss Vereinbarung vom 24. Dezember 1970 hat sich die Einwohnergemeinde Köniz verpflichtet, den Kaufpreis zum jeweiligen Zinsfuss für erste Hypotheken der Hypothekarkasse des Kantons Bern zu verzinsen und mit 2 Prozent der Darlehensschuld zu amortisieren.

Amt Fraubrunnen

Zum Zwecke der Arrondierung der Besitzung Schloss Landshut und Errichtung einer Wildzuchtanlage wurden folgende Grundstücke gekauft:

Von der Erbgemeinschaft des Fritz Luder-Stettler die Parzelle Nr. 433 in Utzenstorf im Halte von 147,21 Aren mit einem amtlichen Wert von 7360 Franken (als Realersatz für die Parzelle Nr. 1653 des Adrian Luder-Tschan).

Von Adrian Luder-Tschan die Parzelle Nr. 749 im Halte von 77,24 Aren mit Bauernhaus Nr. 21 und diversen andern Gebäuden zum Preise von 560 000 Franken (amtlicher Wert 59350 Fr.). Gleichzeitig wurde die von der Erbgemeinschaft des Fritz Luder als Realersatz erworbene Parzelle Nr. 433 gegen die Parzelle Nr. 1653 im Halte von 70 Aren (amtlicher Wert 14 000 Fr.) wertgleich abgetauscht.

Die Einwohnergemeinde Münchenbuchsee trat dem Staat Bern unentgeltlich von der Parzelle Nr. 22 zwei Strassenteilparzellen im Halte von 59,34 Aren ab.

Amt Signau

Für den Bau einer landwirtschaftlichen Schule in Langnau i. E. wurde von der Verpflegungsanstalt Bärau die Parzelle Nr. 3071 auf dem Bärengfeld, Gemeinde Langnau i. E., im Halte von 127,76 Aren mit einem amtlichen Wert von 4980 Franken zum Preise von 217 192 Franken erworben.

B. Verkäufe und Abtretungen*Amt Bern*

Im Zusammenhang mit der Erstellung der Eisengasse hat der Staat Bern in der Einwohnergemeinde Bolligen folgende Grundstücke abgetreten:

An die Viertelsgemeinde Bolligen von der Parzelle Nr.99 8,79 Aren und von der Parzelle Nr.4008 2,44 Aren, zusammen 11,23 Aren mit einem amtlichen Wert von 7030 Franken zum Preise von 22 460 Franken.

An die Einwohnergemeinde Bolligen unentgeltlich von der Parzelle Nr.99 14,88 Aren und von der Parzelle Nr.4008 0,05 Aren, zusammen 14,93 Aren mit einem amtlichen Wert von 11 900 Franken.

Im weitem wurden in der Gemeinde Bolligen von der Parzelle Nr.1156 (Bolligenstrasse, Ostermundigen) noch folgende Teilstücke zum Preise von 64325 Franken verkauft:

An die Viertelsgemeinde Ostermundigen ein Abschnitt von 32,29 Aren für die Erstellung der Forelstrasse und 30,89 Aren für die Erstellung eines Feuerwehrmagazines (amtlicher Wert 44220 Fr.).

An Hans Zimmermann ein Abschnitt von 3,69 Aren mit einem amtlichen Wert von 2580 Franken (Marchbereinigung).

Amt Burgdorf

Das von Fr.E.Ruckstuhl durch Erbgang (Art.466 ZGB) übernommene Grundstück Nr.1823 an der Alpenstrasse in Burgdorf mit Wohnhaus Nr.61 und 6,25 Aren Hausplatz und Umschwung (amtlicher Wert 75100 Fr.) wurde am 15.Juni 1971 an Martin Flückiger, Jegenstorf zum Preise von 190000 Franken verkauft.

Amt Courtelary

Der Staat Bern verkaufte dem Seelandheim Worben zum Preise von 3000000 Franken die Besetzung «Le Pré aux Bœufs» in der Gemeinde Sonvilier, bestehend aus den Parzellen Nrn. 597, 598, 599, 609 und 390 im Halte von 5805,33 Aren und neun Gebäuden. Der amtliche Wert beträgt 2 897 220 Franken.

Amt Münster

Willi Hostettmann erwarb für 200000 Franken die Grundstücke Nrn. 157 und 158 in der Gemeinde Monible, bestehend aus 2400,01 Aren Land (inkl. drei Gebäuden) mit einem amtlichen Wert von 120870 Franken.

Amt Pruntrut

Die Besetzung Damvant-Grundbuchblatt Nr.203 mit Wohnhaus Nr.69A, Umschwung und Garten im Halte von 8,20 Aren, mit einem amtlichen Wert von 31800 Franken, wurde zum Preise von 75000 Franken an Raymond Beucler, wohnhaft in Rorschach, verkauft.

C. Abtausch*Amt Aarberg*

Mit Hans Stähli-Baumann wurden 7,48 Aren Land der Parzelle Nr.660 (amtlicher Wert 380 Fr.) gegen ein gleich grosses Teilstück der Parzelle Nr.164 (amtlicher Wert 370 Fr.) abgetauscht, wobei Hans Stähli einen Betrag von 10000 Franken für den Mehrwert als Aufpreis bezahlen musste.

Amt Bern

Otto Gygax wurden von der Parzelle Nr.3338, Wohlensee, Gemeinde Wohlen, drei Abschnitte im Halte von 2,73 Aren (Parzellen Nrn.3486 und 3209) tauschweise und wertgleich überlassen.

Amt Biel

Zur Überbauung des Schüss-Kanals trat der Staat Bern der Firma Cosmos in Biel von der Parzelle Nr.8800D «Schüss» 7,38 Aren ab und erhielt dagegen einen Abschnitt von 1,28 Aren, welcher mit der Parzelle Nr.8800D vereinigt wird. Die Firma Cosmos bezahlte für die ihr zufallende Mehrfläche den Betrag von 24000 Franken.

Amt Burgdorf

Im Zusammenhang mit der Aufhebung des Bahnüberganges «Kalchofen» mit Strassenverlegung in Hasle b.B. wurde mit verschiedenen Grundeigentümern ein Kauf- und Tauschvertrag abgeschlossen. Die Pfrund-Parzelle Nr.2 hat dabei um 5,85 Aren abgenommen, wofür ein Kaufpreis von 17550 Franken festgesetzt wurde (Abnahme des amtlichen Wertes um 430 Fr.).

Amt Erlach

Für die Errichtung der Landwirtschaftlichen Schule Seeland in Ins tauschte der Staat Bern mit Fritz Jakob-Schori, Fritz Gugger-Huguet und Rosa Reubi-Benninger wert- und flächengleich vier Abschnitte der Parzellen Nrn.89, 3893 und 58 gegen drei andere Teilparzellen im Halte von 46,04 Aren. Der amtliche Wert hat dadurch um 580 Franken abgenommen.

D. Baurecht*Amt Bern*

1971 wurden folgende Baurechtsverträge abgeschlossen:

- Mit der Stiftung Bernisches Historisches Museum Bern für die Erstellung von zwei Holzbaracken auf der Parzelle Nr.321 (gratis).
- Mit dem Verein Berner Studentenlogierhaus für die Errichtung eines Studentenlogierheimes auf der Parzelle Bern-Bümpliz Nr.3887 zu einem jährlichen Zins von 39000 Franken.
- Mit der Einwohnergemeinde Bolligen zum Zwecke der Erstellung einer Alterssiedlung auf einem Teil der Parzelle Nr.4264 an der Wiesenstrasse in Ostermundigen gegen Bezahlung einer jährlichen Grundrente von 16276 Franken.
- Mit den Asylen «Gottesgnad» in Beitenwil und Ittigen für den Bau eines Chronischkrankenheimes auf der Parzelle Nr.6988, Gemeinde Köniz, gegen Bezahlung eines jährlichen Baurechtszinses von 40088 Franken.

Amt Konolfingen

Paul Geiser, Schulleiter der Psychiatrischen Klinik Münsingen, wurde für die Dauer von 60 Jahren auf der Parzelle Nr.26 am Gurnigelweg, Münsingen, zu einem jährlichen Zins von 820 Franken ein Baurecht eingeräumt.

Amt Münster (Moutier)

Baurecht zugunsten der Société coopérative de constructions des employés de la Maison de Santé de Bellelay zum Zwecke der Erstellung eines Personalwohnhauses (jährlicher Baurechtszins 255,20 Fr.).

E. Mietverträge

Zur Unterbringung von verschiedenen Verwaltungsabteilungen der Staatsverwaltung sowie namentlich für Zwecke der Universität Bern mussten wiederum eine Anzahl Räumlichkeiten gemietet und die entsprechenden Mietverträge abgeschlossen werden.

Zusammenstellung

Zuwachs durch Ankäufe und Abtausch (ohne National- und Hauptstrassen)

Amtsbezirk	Gebäude Zahl	Erdreich ha	a	m ²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Aarberg		7	48		370.—	—.—
Bern	1	5	39	54	517 550.—	11 273 000.—
Biel		1	28		—.—	—.—
Burgdorf	1	48	77		76 850.—	—.—
Erlach		46	04		1 600.—	—.—
Fraubrunnen	3	53	79		80 710.—	848 000.—
Signau	1	27	76		4 980.—	217 192.—
Diverse		2	15		1 300.—	—.—
	2	11	26	81	683 360.—	12 338 192.—

Abgang durch Verkäufe und Abtausch

Amtsbezirk	Gebäude Zahl	Erdreich ha	a	m ²	Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
Aarberg		7	48		380.—	10 000.—
Bern		95	75		65 730.—	86 785.—
Biel		7	38		—.—	24 000.—
Burgdorf	1	54	62		77 280.—	207 550.—
Courtelary	9	58	05	33	2 897 220.—	3 000 000.—
Erlach		46	04		1 870.—	—.—
Fraubrunnen		1	47	21	7 360.—	—.—
Münster	3	24	00	01	120 870.—	200 000.—
Pruntrut	1	8	20		31 800.—	75 000.—
Diverse		4	08		1 390.—	295.—
	14	85	76	10	3 203 900.—	3 603 630.—

Ausweis über die Veränderungen

	Erdreich ha	a	m ²	Amtlicher Wert Fr.
Stand der Domänen per 1. Januar 1971	3500	12	56	360 390 054.—
Zuwachs pro 1971 durch Ankäufe und Tausch	11	26	81	683 360.—
Amtliche Bewertungen				12 439 425.—
	3511	39	37	373 512 839.—
Abnahme pro 1971 durch Verkäufe und Tausch	85	76	10	3 203 900.—
Amtliche Bewertungen				887 070.—
Stand der Domänen am 31. Dezember 1971	3425	63	27	369 421 869.—

VII. Statistisches Bureau

1. Bevölkerungsstatistik

Mit Beschluss vom 2. Juni 1971 hat der Regierungsrat die Ergebnisse der eidgenössischen Volkszählung vom 1. Dezember 1970 erwahrt. In einer Publikation über das *Wachstum der Bevölkerung im Kanton Bern 1870-1970* untersuchte das Statistische Büro die absolute und relative Veränderung sowie die mittleren jährlichen Veränderungsraten aller bernischen Gemeinden in den letzten hundert Jahren (Beiträge zur Statistik des Kantons Bern, Reihe A, Heft 4).

Das Eidgenössische Statistische Amt hat die erste Phase der Aufarbeitung des Zählmaterials der Volkszählung 1970 abgeschlossen. Für den Kanton Bern ergab sich seit 1960 folgende Entwicklung der wichtigsten demographischen und wirtschaftlichen Merkmale:

Merkmal	1960	1970	Zunahme 1960-1970 (%)	Prozentanteile 1970
Wohnbevölkerung	889 523	983 296	10,5	100,0
Heimat:				
Schweizer	835 324	881 624	5,5	89,7
Ausländer	54 199	101 672	87,6	10,3
Geschlecht:				
Männlich	439 419	485 069	10,4	49,3
Weiblich	450 104	498 227	10,7	50,7
Zivilstand:				
Ledig	423 157	440 831	4,2	44,8
Verheiratet	406 198	472 590	16,3	48,1
Verwitwet	48 415	54 897	13,4	5,6
Geschieden	11 753	14 978	27,4	1,5
Konfession:				
Protestantisch	710 542	739 467	4,1	75,3
Römisch-katholisch	170 179	228 508	34,3	23,2
Christkatholisch	3 125 ¹	2 080		0,2
Andere und ohne	5 677	13 241	133,2	1,3
Muttersprache:				
Deutsch	716 573	762 545	6,4	77,5
Französisch	128 144	134 301	4,8	13,7
Italienisch	37 848	59 986	58,5	6,1
Rätoromanisch	803	876	9,1	0,1
Andere	6 155	25 588	315,7	2,6
Alter:				
0-6 Jahre	101 425	109 234	7,7	11,1
7-14 Jahre	117 203	123 269	5,2	12,5
15-64 Jahre	578 240	631 775	9,3	64,3
65 und mehr Jahre	92 655	119 018	28,5	12,1
Berufstätige:				
Sektor 1	71 846	48 878	-32,0	10,6
Sektor 2	198 723	222 616	12,0	48,0
Sektor 3	152 510	191 604	25,6	41,4
Total	424 970 ²	463 098	9,0	100,0
Selbständige	65 890	52 998	-19,6	11,4
Unselbständige	359 080	410 100	14,2	88,6
Private Haushaltungen	255 508	317 860	24,4	

¹ Nicht mit 1970 vergleichbar.

² Inkl. 1891 nicht auf die Sektoren aufteilbare Teilzeit-Erwerbstätige.

Die starke Zunahme des Ausländeranteils (1970: 10,3% der Wohnbevölkerung) brachte einen überdurchschnittlichen Zuwachs der Römisch-Katholiken, der Italienischsprachigen und besonders der andern Sprachgruppen ausserhalb der vier Landessprachen mit sich. Die Überalterung des Bernervolkes ist weiter fortgeschritten, indem die Zahl der über 64jährigen Personen seit 1960 um fast 30 Prozent zugenommen hat. Bei den Berufstätigen des ersten Sektors (Land- und Forstwirtschaft) ist seit der letzten Zählung ein Rückgang um einen Drittel festzustellen; der Anteil des Primärsektors an den Berufstätigen beläuft sich damit im Kanton Bern noch auf 10,6 Prozent. Demgegenüber ist der dritte Sektor (Dienstleistungen) im abgelaufenen Jahrzehnt um weitere 25 Prozent angewachsen. Die Selbständigen haben nochmals um 20 Prozent abgenommen, so dass heute nur mehr jeder neunte Berufstätige selbständig ist.

2. Finanzstatistik

a) Gemeindesteuerstatistik

Im Berichtsjahr wurde das *Wachstum der Steuerkraft im Kanton Bern 1950-1968* in einer Publikation für alle Gemeinden, Bezirke und Regionen untersucht (siehe Beiträge, Reihe B, Heft 4). Dabei zeigten sich in den einzelnen Teilräumen des Kantons

stark abweichende Wachstumsraten. Eine weitere Veröffentlichung befasste sich mit der Entwicklung der *Gemeindesteueranlagen und Liegenschaftsteuersätze 1961–1970* (Beiträge, Reihe B, Heft 6). Diese Entwicklungsanalyse weist eine deutliche Konzentrationsbewegung auf die mittleren Steueranlagen nach.

Wie üblich wurden *Steuerkraft, Steuerbelastung und relative finanzielle Tragfähigkeit* der Gemeinden für das letzte Rechnungsjahr (1969) zusammengestellt, ebenso die *Gemeindesteueranlagen* und die *Steuersätze der Kirchgemeinden* für 1971. Daneben wurden *Steuerkraft* und *Gesamtsteueranlagen* pro 1969 auch nach Schulgemeinden ausgewiesen.

b) Gemeindefinanzstatistik

Die *Ausgaben der bernischen Gemeinden 1968* nach funktionaler und volkswirtschaftlicher Gliederung sowie die Bestimmungsfaktoren der Ausgaben bildeten den Gegenstand einer eingehenden Publikation (Beiträge, Reihe B, Heft 7). Die Bearbeitung der Ausgabenstatistik wurde auch für die Rechnungsjahre 1969 und 1970 fortgesetzt. Für das Jahr 1970 wurden zudem erstmals von allen Gemeinden die Grundlagen zu einer Einnahmenstatistik angefordert.

c) Finanzausgleich/Schulhausbausubventionen/Kostenverteiler

Im Zusammenhang mit dem Postulat Nobel vom 10. Februar 1971 arbeitete das Statistische Büro einen umfangreichen Bericht über Staatsbeiträge an Gemeinden und Gemeindebeiträge an den Staat (Entwicklung 1950–1970, Berechnungsweise, Finanzausgleich) aus.

Daneben wurden weitere Berechnungen für die Volkswirtschaftsdirektion (Gemeindebeiträge AHV/IV, Verwaltungskostenbeiträge an Gemeindeausgleichskassen, Gemeindebeiträge an landwirtschaftliche Familienzulagen, Wohnungssanierung in Berggebieten), die Baudirektion (Staatsbeiträge an Orts- und Regionalplanungen), die Energie- und Wasserversorgungsdirektion (Staatsbeiträge an Kanalisationsprojekte usw.), die Fürsorgedirektion (Grundlagen für die Verteilung der Fürsorgeaufwendungen) und die Gesundheitsdirektion (Betriebsbeiträge an Spitäler, Gemeindebeiträge an Tbc-Fonds) durchgeführt. Für die Erziehungsdirektion wurden im Berichtsjahr 42 Schulhausbausubventionen (inkl. Voranfragen) berechnet und die Grundlagen für die Neueinreihung der Gemeinden in Beitragsklassen für die Lehrerbeseetzungen bereitgestellt.

Ferner wurden wieder eine ganze Anzahl von Berechnungen und Vorschlägen betreffend die Verteilung von Bau- und Betriebskosten (Schulverbände aller Art, Bezirksspitäler usw.) ausgearbeitet.

d) Statistik der amtlichen Werte

Auch für den Stand vom 1. Januar 1969 wurden die amtlichen Werte aller Liegenschaften mit einfacher, doppelter und ohne Steuerpflicht nach Gemeinden, Agglomerationen, Bezirken und Landesteilen nachgewiesen.

e) Einkommensverteilung und Steuerbelastung

Auf Grund von Unterlagen der kantonalen Steuerverwaltung über das steuerbare Einkommen 1967/68 erstellte das Statistische Büro eine Statistik der *Einkommensverteilung und Steuerbelastung im Kanton Bern* für die natürlichen Personen nach Berufsgruppen und Regionen (vgl. Beiträge, Reihe B, Heft 5).

f) Der Jura und die Staatskasse

Auch für das Fiskaljahr 1970 wurden die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensveränderungen der Staatsrechnung mit Hilfe der Rechnungsführer aller Direktionen auf den Jura und den alten Kantonsteil aufgeteilt.

3. Produktionsgrundlagen/Produktionsstatistik

a) Landwirtschaftsstatistik

Am 21. April 1971 fand wiederum eine eidgenössische repräsentative Viehzählung statt. Auf Grund der Landwirtschaftszählung 1969 wurde eine neue Stichprobe (darunter 53 bernische Gemeinden) angelegt. Kantonsweise Ergebnisse sind nicht veröffentlicht worden.

Erstmals seit 1961 fand zwischen dem 15. Juni und dem 15. September 1971 wieder eine allgemeine eidgenössische Obstbaumzählung statt, deren Ergebnisse noch nicht vorliegen.

b) Betriebszählung 1955/1965

Dem kantonalen Planungsamt wurde eine umfangreiche Dokumentation über die Betriebszählungsergebnisse von 1955 und 1965 für die Branchen des sekundären Sektors zur Verfügung gestellt. Diese nach Gemeinden und Planungsregionen vorliegenden Zahlen sollen die Grundlage von Prognosen für die Beschäftigten des sekundären Sektors im Kanton Bern bilden.

c) Wohnungsproduktion

Auch für 1971 wurde in den bernischen Gemeinden die Zahl der neu erstellten Wohnungen nach Typ und Finanzierungsart ermittelt. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) führte die Erhebung in den 193 grösseren Gemeinden (mehr als 1000 Einwohner nach Volkszählung 1970) durch, während das Statistische Büro des Kantons Bern die Ergebnisse in den 299 kleineren Gemeinden feststellte. Für 1971 wurden folgende Zahlen ermittelt:

1. Ganzer Kanton Bern: Neuerstellte Wohnungen.....	8 508
2. 92 Gemeinden mit über 2000 Einwohnern:	
– Gesamtbestand an Wohnungen Ende Jahr.....	249 500
– Leerstehende Wohnungen.....	873

Der Leerwohnungsbestand in den Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern weist sinkende Tendenz auf (0,35% gegenüber 0,39% im Jahre 1970).

4. Regionale Wirtschaftsentwicklung

Eine vom Adjunkten bearbeitete empirische Untersuchung zur kleinräumigen regionalen Wirtschaftsentwicklung («Die Region Oberes Emmental – Grundlagen für Regionalpolitik und Regionalplanung») konnte abgeschlossen werden. Die Studie enthält nach einem Abriss über die wichtigsten Bestimmungsfaktoren der regionalen Wirtschaftsentwicklung eingehende Analysen und Prognosen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur der Testregion. Die Veröffentlichung der Ergebnisse fällt in das Jahr 1972.

5. Politische Statistik

Auf fast 200 Seiten wurden die *Ergebnisse der Grossrats- und Regierungsratswahlen im Kanton Bern vom 3. Mai 1970* dargestellt und kommentiert. Stimmberechtigte, Wahlbeteiligung, Partei- und Kandidatenstimmen der Grossratswahlen wurden für alle 471 Abstimmungskreise einzeln nachgewiesen und die Wahlergebnisse bezirksweise bis 1950 zurückverfolgt (siehe Beiträge, Reihe F, Heft 2).

Zuhanden des Regierungsrates berechnete das Statistische Büro auf der Grundlage der Volkszählungsergebnisse vom 1. Dezember 1970 bereits die neue Verteilung der Grossratsmandate für die Wahlen von 1974. Dabei ergibt sich für den Wahlkreis Bern-Land ein Gewinn von drei Mandaten, während die Bezirke Delsberg, Fraubrunnen, Konolfingen, Nidau, Seftigen und Thun je ein Mandat mehr erhalten werden. Demgegenüber erleidet Bern-Stadt einen Verlust von drei Sitzen, und die Ämter Burgdorf, Courtelary, Frutigen, Pruntrut, Signau und Trachselwald werden je ein Mandat einbüßen.

6. Publikationen

Zusammenfassend ergibt sich im Jahr 1971 folgende publizistische Tätigkeit des Statistischen Büros:

a) Beiträge zur Statistik des Kantons Bern

- Reihe A (Bevölkerungsstatistik)
Heft 4: Wachstum der Bevölkerung im Kanton Bern 1870–1970.
- Reihe B (Finanzstatistik)
Heft 4: Wachstum der Steuerkraft im Kanton Bern 1950–1968.
Heft 5: Einkommensverteilung und Steuerbelastung im Kanton Bern.
Heft 6: Gemeindesteuern und Liegenschaftsteuersätze 1961–1970.
Heft 7: Die Ausgaben der bernischen Gemeinden 1968.
- Reihe F (Politische Statistik)
Heft 2: Die Ergebnisse der Grossrats- und Regierungsratswahlen im Kanton Bern vom 3. Mai 1970.

b) Einzelpublikationen

- Steuerkraft, Steuerbelastung und relative finanzielle Tragfähigkeit der bernischen Gemeinden im Steuerjahr 1969.
- Kanton Bern: Steueranlagen der Gemeinden und Steuersätze der Kirchgemeinden für 1971.
- Schulgemeinden 1966/1969: Steuerkraft und Tragfähigkeitssummen.
- Steuerkraft und Steueranlagen der Schulgemeinden des Kantons Bern pro 1969.
- Kanton Bern: Statistik der amtlichen Werte 1969.
- Kanton Bern: Staatsbeiträge an Gemeinden und Gemeindebeiträge an den Staat.

VIII. Abteilung für Datenverarbeitung

1. Allgemeines

Der Arbeitsumfang der Abteilung für Datenverarbeitung (ADV) stieg auch im Jahre 1971 wieder um 25 Prozent auf dem Sektor Planung, Organisation und Programmierung. Neue Schwerpunkte bildeten

- Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf die Installation der neuen Datenverarbeitungsanlage IBM 370-155 (97 Mannwochen),
- Planung, Organisation und erste Programmierungsarbeiten für das Datenfernverarbeitungsprojekt «Strassenverkehrsamt» (106 Mannwochen),
- Statistiken aller Art wie die repräsentative Stichprobenerhebung über die Einkommens- und Vermögenssteuern und die Kaufpreisstatistik über Grundstücke (zusammen 120 Mannwochen) sowie die Auswertung der Schülerstatistik (156 Computerstunden),
- Anpassungen zufolge fortschreitender Teuerung und stets wechselnder Bedürfnisse auf dem Gebiet des Besoldungswesens (100 Mannwochen),
- Ausbildung des Personals (225 Mannwochen).

Das für die geplanten Grossprojekte Strassenverkehrsamt und Steuerverwaltung erforderliche Personal konnte gefunden werden und befindet sich in Ausbildung oder schon im Einsatz. Die Nachfrage nach EDV-Lösungen ist weiterhin in verschiedenen Verwaltungszweigen gross, so dass mit einem starken Wachstum der ADV in den nächsten Jahren gerechnet werden muss.

Die Einnahmen aus der Benützung Dritter der Datenverarbeitungsanlage Gamma 30S gehen ab 1. April 1971 an die Bernische Datenverarbeitung AG. Trotzdem vereinnahmte der Kanton 1971 aus Arbeiten vor diesem Datum über 400000 Franken.

Entwicklung des Personalbestandes der ADV (Stand jeweils am 1. Januar)

Sektor	1965	1969	1970	1971	1972
Organisation	1	4	5	7	9
Programmierung	3	8	11	16	19
Auswertung	3	4	4	7	10
Büro, Datenerfassung	2	2	2	3	5
Total	9	18	22	33	43

2. Neue Datenverarbeitungsanlage, Systemspezialisten

Im Herbst 1970 gründete der Staat zusammen mit der Firma Hasler AG und dem Inselspital die Bernische Datenverarbeitung AG. Letztere wird im Sommer 1972 den neuen Grosscomputer IBM 370-155 im Untergeschoss des Instituts für Exakte Wissenschaften installieren und den Betrieb dieses Systems der Abteilung für Datenverarbeitung übertragen. Die Vorbereitungen im Hinblick auf die Einführung der neuen Datenverarbeitungsanlage verliefen bisher planmässig. Da es sich um eine wesentlich grössere und komplexere Anlage handeln wird, war neben den bestehenden Sektionen Planung und Auswertung noch eine neue Sektion «System» aus vier erfahrenen Fachleuten mit besonders guten technischen Kenntnissen zu bilden. Diese Systemspezialisten betreuen die Software und insbesondere das Betriebssystem. Sie sind dafür verantwortlich, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit der Betrieb der EDV-Systeme optimal, zuverlässig und wirtschaftlich erfolgen kann. Jeder Systemspezialist musste in zusätzlichen Kursen ausgebildet werden. Im September wurden in Mailand die Benchmarktests auf dem neuen System mit bestem Erfolg durchgeführt. Die Ergebnisse übertrafen die Erwartungen, womit nachträglich die Richtigkeit der Modellwahl bestätigt wurde. Gegen Jahresende bereiteten die Systemspezialisten die Software-Systemgenerierung vor, so dass ein erster Teil derselben bereits erfolgreich auf einem kleineren Modell im Rechenzentrum der IBM in Bern durchgeführt werden konnte.

3. Planung, Organisation und Programmierung

Der Schwerpunkt lag im Berichtsjahr mit 185 Mannwochen in der Ausbildung der neuen Programmierer und in der Umschulung auf das neue Datenverarbeitungssystem. Diese Umschulung wird im Frühjahr 1972 planmässig abgeschlossen werden können.

Beim Projekt Strassenverkehrsamt konnte die Detailanalyse abgeschlossen werden. Für die Programmierung sind sechs Programmierer eingesetzt. Die Inbetriebnahme des neuen Arbeitsablaufes ist für den 1. Juli 1973 vorgesehen.

Auch in diesem Jahr musste ein beträchtlicher Aufwand (187 Mannwochen) für den Unterhalt der bestehenden Arbeitsabläufe geleistet werden. Dabei fielen vor allem die Änderungen im Besoldungswesen (Teuerungszulage, Herbstzulage) ins Gewicht.

4. Auswertung

Die Honeywell-Bull-Anlage Gamma 30S bewältigte sämtliche Auswertungen und Tests für die Verwaltung und Universität mit rund 4300 Arbeitsstunden. Für die Durchführung dieser Arbeiten mussten vom Bedienungspersonal im Mittel mehr als zwei Arbeitsschichten geleistet werden. Die Spitzenbelastungen im April (470 Stunden) und im Dezember (450 Stunden) stellten grosse Anforderungen an das Personal und den Maschinenpark.

Folgende Punkte seien speziell erwähnt:

- Für die Universität wurden im Berichtsjahr insgesamt 4000 wissenschaftliche Aufträge ausgeführt.

Gliederung des Arbeitsaufwandes nach Sachgebieten

Arbeitsgebiet	Planungs- aufwand in Mannwochen		Anzahl Programme		Aufwand in Maschinenstunden Gamma 30					
					Vorbereitungen und Tests		Auswertungen		Total	
	1970	1971	1970	1971	1970	1971	1970	1971	1970	1971
Ausgleichskasse: AHV/IV, Ergänzungsleistungen	85	36	42	47	157	47	355	404	512	451
Autobahnbau und Kreditkontrolle	3	1	17	17	4	3	33	39	37	42
Beherbergungsabgabe, Fremdenverkehrsförderung	24	5	15	16	35	7	44	38	79	45
Bezirksspital Biel (Verwaltung)	16	6	5	5	23	15	—	9	23	24
Wirtschaftsstatistik über Kantonsteile (zusammen mit der Handelshochschule St.Gallen)	54	1	36	36	123	—	—	8	123	8
Inselspital: Zentrallabor	—	—	24	24	114	129	303	393	417	522
Inselspital: Verwaltung	61	40	48	50	132	56	89	101	221	157
Inselspital: VESKA	—	—	20	20	2	—	40	68	42	68
Inselspital: Strahlentherapie	19	31	8	16	56	62	—	—	56	62
Personalamt: Staatspersonal	43	57	40	40	75	95	140	165	215	260
Personalamt: Lehrerschaft	16	19	22	22	34	32	48	62	87	94
Schülerstatistik	6	2	1	1	7	4	—	152	7	156
Statistisches Büro	16	4	11	11	12	7	23	21	35	28
Steuerverwaltung: Staatssteuern, repräs. Steuerstatistik, Grundbesitzsteuern	59	120	37	57	115	166	626	706	741	872
Steuerverwaltung: ratenweiser Steuerbezug	—	18	—	—	—	—	—	—	—	—
Steuerverwaltung: Wehrsteuer	13	12	21	21	28	7	274	1	302	8
Strassenverkehrsamt	19	106	—	—	—	4	—	—	—	4
Universität Bern (nur Administration)	24	8	23	23	9	—	65	53	74	53
Versicherungskasse: Staatspersonal	3	2	24	24	5	3	18	23	23	26
Versicherungskasse: Lehrerschaft	3	3	22	22	5	1	13	17	18	18
Wasser- und Energiewirtschaftsamt	2	1	6	6	15	6	5	1	20	7
Abteilung für Datenverarbeitung: Neue Maschine (Evaluation, SYSTEM, Neubau)	69	97	—	—	—	—	—	—	—	—
Ausbildung des Personals	113	225	—	—	—	—	—	—	—	—
Verschiedenes	57	89	—	2	104	137	—	—	104	137
Bull (Technischer Dienst)	—	—	—	—	72	32	—	—	72	32
Total Verwaltung	704	883	422	450	1127	813	2076	2261	3203	3074
Universität									1268	1131
Dritte									141	113
Gesamttotal									4612	4318

- Die Schülerstatistik für die Erziehungsdirektion stellte eine Sonderauswertung dar und erforderte 156 Maschinenstunden Gamma 30.
- Von insgesamt 1110 Magnetbändern sind 852 für die Verwaltung und 258 für die Universität im Einsatz.
- Die Datenerfassungsgruppe erstellte über 330000 Lochkarten, die für Auswertungen der Verwaltung sowie für Programme und Testbeispiele verwendet wurden.

Wie gewohnt besorgte die Lieferfirma Honeywell-Bull die normale präventive Wartung der Gamma-30-Anlage. Der technische Dienst stellte seine Leistungsfähigkeit mehrmals bei der Behebung von 55 Pannen unter Beweis. Die durch diese Störungen entstandenen Ausfallzeiten von total 70 Stunden verursachten keine nennenswerte Erschwerung für die termingerechte Auswertung der laufenden Arbeiten.

IX. Finanzkontrolle

Der nachfolgende Bericht wird gemäss Gesetz vom 29. September 1968 über den Finanzhaushalt des Staates Bern, Artikel 60 Absatz 3, erstattet.

1. Allgemeines

Nachdem das nötige Fachpersonal gefunden worden war, konnte auf 1. Mai 1971 die Finanzkontrolle die ihr durch das Finanzhaushaltgesetz in Artikel 51 Buchstabe a zugewiesene Aufgabe der laufenden materiellen Überprüfung des gesamten Finanzhaushaltes des Staates sowie die in Buchstabe e stipulierte Gegenzeichnung sämtlicher Anweisungen von der Kantonsbuchhalterei übernehmen. Damit liess sich die vom Gesetzgeber geforderte Trennung von Verwaltungstätigkeit und

Kontrolle in bezug auf die Bezahlung von Rechnungen verwirklichen. Eine ganze Reihe weiterer Aufgaben, so zum Beispiel

- die Prüfung der Staatsrechnung,
- die Mitarbeit an Vorschriften über die Buchführung, die Finanzaufsicht, den Zahlungsverkehr und die Führung von Inventaren,
- die Überwachung und Koordination der Tätigkeit der besonders Kontrollorgane,
- die Aufsicht über die Versicherungspolices des Staates, die der Finanzkontrolle durch das Finanzhaushaltgesetz (FHG) zugewiesen sind, konnten wegen Personalmangels bisher nicht ausgeführt werden.

2. Personelles

Im Frühjahr 1971 ist Herr Brandenburg, Adjunkt, nach rund siebenwöchiger Krankheit gestorben. Herr Blaser, Revisor, musste gesundheitshalber nach rund zwölfmonatiger Krankheit im 34. Dienstjahr pensioniert werden. Herr Notar Peter, bisher Revisor, wurde im Laufe des Berichtsjahres zum Adjunkten gewählt. Mangels Bewerbern blieben im Berichtsjahr die zwei Revisorenstellen unbesetzt. Ein diplomierter Buchhalter hat im Herbst 1971 nach achtmonatiger Tätigkeit in der Finanzkontrolle wieder eine Stelle in der Privatwirtschaft angetreten.

Personalbestand per 31. Dezember 1971

Vorsteher	1
Adjunkt	1
Revisoren	3
Sekretär/Rechnungsführer	1
Verwaltungsbeamte/-beamtin	5
Aushilfsangestellte(r), halbtagsweise	2

3. Externe Revisionen

Im Berichtsjahr sind folgende unangemeldeten Revisionen vorgenommen worden:

	Zahl der Stellen	Ausgeführte Revisionen 1971	
		Anzahl	%
Direktionen	63	20	31
Amtsschaffnereien	15	2	13
Staatsanstalten	38	—	0
Obergericht, Abteilungen	4	—	0
Handelsgericht	1	—	0
Versicherungsgericht	1	1	100
Verwaltungsgericht	1	—	0
Betreibungs- und Konkursämter	30	18	60
Gerichtsschreibereien	30	20	66
Richterämter, übrige Justizverwaltungen ...	55	27	49
Regierungsstatthalterämter	30	23	76
Grundbuchämter	30	7	23
Total	298	118	39,6

Aus den erwähnten personellen Gründen konnten erneut weniger Revisionen vorgenommen werden als im Vorjahr. Diese Situation ist unbefriedigend und vom Gesichtspunkt des Revisors aus kaum mehr zu verantworten. Sämtliche Dienststellen sollten pro Jahr mindestens einmal geprüft werden.

Obschon die Abrechnungsverhältnisse im allgemeinen übersichtlich geordnet sind, mussten vermehrt Kassadifferenzen festgestellt werden. Die Kassa- und Postcheckbestände sind vielfach verhältnismässig hoch. Dadurch bleiben finanzielle Mittel blockiert, was zu erheblichen Zinsverlusten führt.

Im Aufgabenbereich der Finanzkontrolle liegt u.a. auch die Prüfung der Wirtschaftlichkeit im weitesten Sinne innerhalb der vom Gesetzgeber gestellten Aufgaben. Die mangelnde Aussagekraft des Rechnungswesens in den meisten staatlichen Betrieben erschwert solche Prüfungen. Der Ausbau des Rechnungswesens, so beispielsweise die Einführung der Betriebsabrechnung, scheint für viele Betriebe notwendig. Auch in staatlichen Betrieben soll das Rechnungswesen vermehrt als Informationsmittel für Entscheidungen herangezogen werden können. Mit dem Ausbau des Rechnungswesens wird die Erarbeitung von Kennzahlen für zwischenbetriebliche Vergleiche art- oder zielähnlicher Betriebe möglich.

Bei verschiedenen Gesellschaften, Vereinen und Stiftungen ist die Finanzkontrolle bzw. ihre Mitarbeiter als gesetzliches Revisionsorgan gewählt.

4. Interne Revisionsstelle

Die interne Revisionsstelle hat vor allem die Buchhaltungen und die Belege der Anstalten zu prüfen. Neben der formellen Richtigkeit der Einnahmen und Ausgaben (Verbuchung, rechnerische Richtigkeit) ist hier vermehrt auf die materielle Richtigkeit im Sinne der Beachtung der gesetzlichen Grundlagen, auf die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit des Mitteleinsatzes geachtet worden (siehe auch Abschnitt 6, Anstalten mit eigener Buchhaltung).

5. Laufende materielle Überprüfung des gesamten Finanzhaushaltes

Es wurde bereits erwähnt, dass diese Aufgabe seit dem 1. Mai 1971 durch die Finanzkontrolle durchgeführt wird. Sie gliedert sich in die folgenden Prüfungskreise:

- Prüfung der richtigen Anwendung der Vorschriften wie: Beachtung des Budgets, Innehaltung der Finanzkompetenz;
- Prüfung der Beachtung der Kriterien der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit;
- Prüfung der rechnerischen Richtigkeit.

Im Berichtsjahr wurden rund 34000 Anweisungen geprüft. Die Hauptbeanstandungspunkte waren:

- Präsentation der Anweisung ohne entsprechende Belege;
- Überschreitung von gesprochenen Budgetkrediten;
- Missachtung der Finanzkompetenz.

Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beschränkte sich im wesentlichen auf die Beurteilung von Gesuchen für Krediterteilungen, die der Finanzkontrolle von der Finanzdirektion zugewiesen wurden.

Es wurden verhältnismässig viele Rechnungsfehler festgestellt.

6. Anstalten mit eigener Buchhaltung

Die meisten Anstalten führen nach Artikel 11 der VVO zum FHG eine eigene Kasse und stehen in direktem Zahlungsverkehr mit Dritten. Das hat zur Folge, dass die formelle und materielle Prüfung der Einnahmen und der Ausgaben erst nach Vollzug möglich ist. Es kommt immer wieder vor, dass die Bestimmungen des FHG bzw. der VVO betreffend Finanzkompetenz und Einhaltung der Kredite missachtet werden.

Es wird zu prüfen sein, welche organisatorischen Massnahmen zu treffen sind, damit Missachtungen von gesetzlichen Bestimmungen unterbunden werden können.

Bei verschiedenen Anstalten ist im Berichtsjahr der Zahlungsverkehr mittels Anweisungen eingeführt worden.

7. Stellungnahme zu Krediterteilungen

Mit der Stellungnahme zu den Kredit- und Nachkreditgesuchen der einzelnen Direktionen für Anschaffungen aller Art erhält die Finanzkontrolle einen umfassenden Überblick über die Marktsituation. Es muss jedoch festgehalten werden, dass der Arbeitsaufwand zur Abklärung all dieser Gesuche sehr gross ist.

Immerhin ist zu erwähnen, dass durch Preisvergleiche und Einholen von Konkurrenzofferten für Anschaffungen zum Teil erhebliche Einsparungen erzielt werden konnten.

Es kommt immer wieder vor, dass Anschaffungen vor deren Bewilligung getätigt werden, was dem Sinn des Mitberichtsverfahrens der Finanzdirektion widerspricht.

8. Zentrale Einkaufsstelle

Der Finanzkontrolle ist der Auftrag erteilt worden, ein Konzept für den zentralen Einkauf auszuarbeiten. Sie hat mit Zustimmung der Finanzdirektion diesen Auftrag vorerst Studenten der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule Bern übertragen. Das Ergebnis dieser Studie steht zur Zeit noch aus. Die Finanzkontrolle hat dem Regierungsrat einen Bericht im Laufe des Jahres 1972 vorzulegen.

9. Gebührenmarken

Im Berichtsjahr konnte das Abrechnungsverfahren vereinfacht werden. Zudem wird geprüft, ob bei den Regierungsstatthalterämtern die Erhebung der Gebühren mittels Marken abgeschafft werden kann. Die Gebührenmarken sollten durch maschinell angebrachte Gebührenaufdrucke ersetzt werden.

10. Weitere Aufgaben der Finanzkontrolle

Wie bereits im Bericht des Vorjahres erwähnt, muss die Möglichkeit geschaffen werden, die Personalaufwendungen kontrollieren zu können. Eine weitere Aufgabe würde darin bestehen, dass im Sinne einer Oberrevision auch Bauaufwendungen (Hoch- und Tiefbau) sowie Leistungen des Zivilschutzes stichprobenweise geprüft werden. Im weiteren soll laut Bericht des Regierungsrates des Kantons Bern an den Grosse Rat über die Richtlinien der Regierungspolitik der Jahre 1971–1974 die Finanzkontrolle als Beratungsstelle für Organisationsfragen ausgebaut werden.

11. Amtsschaffnereien

In Ausführung der Beschlüsse des Grossen Rates vom 23. Mai 1951 und vom 15. Mai 1956 sind im Berichtsjahr die folgenden Amtsschaffnereien aufgehoben bzw. mit bestehenden vereinigt worden:

- a) die Amtsschaffnerei in Saignelégier mit der Amtsschaffnerei Delsberg auf den 1. Juli 1971 gemäss RRB Nr. 1782 vom 18. Mai 1971,
- b) die Amtsschaffnerei Laufen mit der Amtsschaffnerei Delsberg auf den 1. November 1971 gemäss RRB Nr. 2559 vom 14. Juli 1971.

Diese Vereinigungen liessen sich ohne Beeinträchtigung der Beziehungen zum bernischen Staatsbürger durchführen. Zudem können dadurch nicht unbedeutende Einsparungen erzielt werden.

Zufolge vermehrten Arbeitsanfalls und Personalmangels sind Amtsschaffnereien mit Inkassoarbeiten in Rückstand geraten. Die Rückstände müssen möglichst rasch aufgearbeitet werden.

Vom Regierungsrat genehmigt am: 26. April 1972

Begl. Der Staatsschreiber: *Josi*

Durch ein Kreisschreiben der Finanzkontrolle sind Unklarheiten und uneinheitliches Vorgehen betreffend die Verjährung und die Verzinsung von geschuldeten Bussen, Ordnungsbussen und Gerichtskosten bei den Inkassobehörden richtiggestellt und vereinheitlicht worden.

Auf den 28. Februar 1971 ist der Amtsschaffner von Delsberg altershalber zurückgetreten. Die Leitung der Amtsschaffnerei ist ad interim Herrn Beuret übertragen worden.

X. Staatsbanken

Kantonalbank und Hypothekarkasse veröffentlichen besondere Geschäftsberichte, die u. a. sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt werden.

Bern, 21. März 1972

Der Finanzdirektor:
Moser